



ASSEX Karteikarten

ÖFFENTLICHES RECHT

**Das Prüfungswissen in Karteikartenform
mit länderspezifischen Formalien**

Ausgangsbescheid • Widerspruchsbescheid • Urteil/
Gerichtsbescheid • Beschluss • Anwaltsklausur

VerwaltungsR AT • VerwaltungsprozessR •
GrundR • StaatshaftungsR • EuropaR

Nordrhein-Westfalen

VerwaltungsR BT (POR • BauR • StraßenR • u.a.)



ASSEX Karteikarten Öffentliches Recht Nordrhein-Westfalen

Hier geht es zur
Inhaltsübersicht

Hier geht es zu
den **Karteikarten**

Hier geht es direkt
zum **Artikel**

Klicken Sie auf die Fläche, um direkt zur Inhaltsübersicht oder zu den Leseproben zu gelangen.



ASSEX Karteikarten

Öffentliches Recht

Nordrhein-Westfalen



Öffentliches Recht

Ausgangsbescheid

Nordrhein-Westfalen

Inhaltsübersicht

Aufbau/Formalien des Ausgangsbescheids

Tenor des Ausgangsbescheids:

- allg. Aufbau
- Hauptausspruch
- Anordnung der sofortigen Vollziehung
- Androhung von Zwangsmitteln
- Kostenentscheidung

Begründung des Ausgangsbescheids



Öffentliches Recht

Widerspruchsbescheid

Nordrhein-Westfalen

Inhaltsübersicht

Aufbau/Formalien des Widerspruchsbescheids

Tenor des Widerspruchsbescheids:

- Sachentscheidung
- Vollstreckbarkeit der Sachentscheidung
- Kostengrundentscheidung
- Zuziehung eines Bevollmächtigten

Begründung des Widerspruchsbescheids



Öffentliches Recht

Urteil/Gerichtsbescheid

Nordrhein-Westfalen

Inhaltsübersicht

Aufbau/Formalien des Urteils

Tenor des Urteils:

- allg. Aufbau
- Sachausspruch (Anfechtungsklage, Verpflichtungsklage, FFK, Leistungsklage, FK, § 47 VwGO)
- Kostenentscheidung
- Vorläufige Vollstreckbarkeit

Tatbestand des Urteils

Entscheidungsgründe

Rechtsmittelbelehrung

Streitwertbeschluss

Gerichtsbescheid

Einzelrichter

Sonderfall: Übereinstimmende Erledigung

Sonderfall: Einseitige Erledigung

Sonderfall: Teilweise übereinstimmende Erledigung

Sonderfall: Prozessvergleich



Öffentliches Recht

Beschluss/vorl. Rechtsschutz

Nordrhein-Westfalen

Inhaltsübersicht

Aufbau/Formalien des Beschlusses

Tenor des Beschlusses:

- allg. Aufbau
- Sachausspruch (§§ 80 V, 80a, 123 I VwGO)
- Kostenentscheidung
- Streitwertfestsetzung

Gründe

Rechtsmittelbelehrung

Beiladung/Einzelrichter/Erledigung/ Prozessvergleich



Öffentliches Recht

Anwaltsklausur

Nordrhein-Westfalen

Inhaltsübersicht

Aufgabenstellungen/Aufbau

Aufbau des RA-Gutachtens

- Handlungsvorschlag
- Zweckmäßigkeitserwägungen

Entwurf eines WS-Schreibens

Entwurf einer Klageschrift

**Entwurf eines Antrags auf vorläufigen
Rechtsschutz**

**Entwurf einer
Klageerwiderung/Antrags-erwiderung**

Entwurf eines Mandantenschreibens



Öffentliches Recht

Verwaltungsrecht AT

Nordrhein-Westfalen

Inhaltsübersicht

Verwaltungsakt

- Geldleistungen
- Sonderstatusverhältnis
- Aufsichtsmaßnahmen
- Mehrstufiger VA
- Allgemeinverfügung
- Bekanntgabe und Zustellung
- Nichtigkeit eines VA

Rechtmäßigkeitsprüfung eines VA

- Arten des Verwaltungshandelns
- Anhörung Beteiligter
- Heilung und Folgen von Verfahrens- und Formfehlern
- Beurteilungsspielraum
- Rechtsfolgen

Aufhebung von Verwaltungsakten

- Rücknahme von Verwaltungsakten
- Widerruf von Verwaltungsakten
- Spezialgesetze
- Anwendbarkeit des § 48 IV VwVfG
- Anwendbarkeit der §§ 48, 49 VwVfG neben § 15 GastG
- Aufhebung im Rechtsbehelfsverfahren

Öffentlich-rechtlicher Vertrag

Inhalts- und Nebenbestimmungen

Zusicherung

Unzuverlässigkeit

Gewerbebegriff



Öffentliches Recht

Verwaltungsprozessrecht

Nordrhein-Westfalen

Inhaltsübersicht

Zulässigkeit einer Klage vor dem VG

- Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges
- Klagearten
- Klagebefugnis
- Erfolgloses Vorverfahren
- Untätigkeitsklage
- Klagegegner
- Juristische Personen
- Klagefrist

Klagearten

- Anfechtungsklage
- Gegenstand der Anfechtungsklage
- Reformatio in peius: Begründetheit
- Beurteilung der Sach- und Rechtslage
- Verpflichtungsklage

- Leistungsklage
- Vorbeugender Rechtsschutz
- Fortsetzungsfeststellungsklage
- Feststellungsklage

Klagehäufungen, notwendige Beiladung

Haupt- und Hilfsantrag

Rechtsmittel

Prüfungsschema Zulässigkeit

Widerspruch

Vorläufiger Rechtsschutz



Verfahrensrechtl. Teil	Ausgangsbescheid
Aufbau/Formalien (1)	



Skizziere den Grundaufbau eines Ausgangsbescheids.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

Entwurf

Ausgangsbehörde

Ort und Datum

Az.:

Zustellvermerk

Adressat

Betreff

Bezug

Sehr geehrter Herr .../ sehr geehrter Herr Rechtsanwalt, ich erlasse gegen Sie/gegen Ihren Mandanten, Herrn ..., folgenden

BESCHIED

1. Hauptausspruch
2. Ggf. § 80 II 1 Nr. 4 VwGO
3. Ggf. Androhung von Zwangsmitteln
4. Ggf. Kostenentscheidung

Begründung:

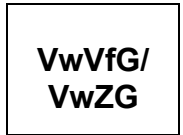
- I.
- II.

Rechtsbehelfsbelehrung

Grußformel und Unterschrift



Verfahrensrechtl. Teil	Ausgangsbescheid
Aufbau/Formalien (2)	



- 1. Warum ist die Ausgangsbehörde zu nennen?**
- 2. Was ist bei der Behördenbezeichnung zu beachten?**
- 3. Wann ist eine Zustellung erforderlich?**
- 4. Was ist beim Adressaten zu beachten?**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Folgt aus §§ 37 III 1, 44 II Nr. 1 VwVfG.
2. Die Behörde darf **nicht mit ihrem Rechtsträger** (z.B. der Gemeinde/Stadt) **verwechselt** werden. Auch ist strikt **zwischen der Behörde und der Organisationseinheit zu trennen**, die für die Behörde handelt (z.B. Bauamt).
3. Zustellung ist erforderlich, wenn **gesetzlich vorgeschrieben**. **Wichtigster Fall: § 56 VI PolG/§ 63 VI VwVG**. Im Übrigen ist es die freie Entscheidung der Behörde, ob sie zustellt. Ist üblich bei **belastenden Verwaltungsakten (VA)**.
4. Wenn der Adressat einen **Bevollmächtigten** bestellt hat und dieser Bevollmächtigte **schriftlich seine Vollmacht** bei der Verwaltung **nachgewiesen** hat, **muss** gem. § 7 I 2 VwZG **zwingend an ihn zugestellt** werden. Wegen § 5 IV VwZG ist das Empfangsbekanntnis (EB) als Zustellungsart zu wählen. **Fehlt Bevollmächtigung**, ist die **Postzustellungsurkunde (PZU)** üblich.
Bei **einfacher Bekanntgabe** eines VA hat die Behörde bzgl. des Adressaten ein **Ermessen**, § 41 I 2 VwVfG. **Üblich** ist es aber auch hier, an den **Bevollmächtigten** zu adressieren.



Verfahrensrechtl. Teil	WS-Bescheid
Aufbau/Formalien (1)	

**§ 73
VwGO**

Skizziere den Grundaufbau eines Widerspruchsbescheids.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

Benennung der erlassenden Stelle

*Anschrift
Dezernat
Sachbearbeiter
Az.*

Datum des Bescheides

Herrn/ Frau
(Anschrift, bei Vorlage entsprechender Vollmacht
Anschrift der Verfahrensbevollmächtigten)

Zustellungsart vermerken

Betreffzeile
Ihr Widerspruch vom
Ihr Zeichen:

Sehr geehrter....,
auf Ihren Widerspruch/ den Widerspruch Ihres Mandanten vom gegen den Bescheid des vom erlasse ich
folgenden

Widerspruchsbescheid

1. Sachentscheidung
2. Ggf. § 80 II 1 Nr. 4 VwGO oder § 80 IV 1 VwGO
3. Kostengrundentscheidung
4. Ggf. § 80 II VwVfG

Begründung:

- I.
- II.

Rechtsbehelfsbelehrung
Unterschrift

- 1. Wie nennt man die Art des Aufbaus des Widerspruchsbescheids in NRW?**
- 2. Warum ist die Widerspruchsbehörde zu nennen?**
- 3. Seit wann ist das Widerspruchsverfahren in NRW weitgehend abgeschafft?**
- 4. In welchen Bereichen findet in NRW noch ein Widerspruchsverfahren statt?**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. **Bescheidform** (im **Gegensatz zur Beschlussform** in anderen Bundesländern). Es kommt also zu einem persönlichen Anschreiben.
2. Folgt indirekt aus **§ 44 II Nr. 1 VwVfG**. Der WS-Bescheid ist zwingend nichtig, wenn er die erlassende Behörde nicht erkennen lässt.
3. Mit dem Bürokratieabbaugesetz I wurde im Bereich des öff. Baurechts, des Gaststättenrechts und des Gewerberechts das Widerspruchverfahren zum **15. April 2007** abgeschafft und nahezu in allen anderen Bereichen zum **01. November 2007**.
4. Gem. **§ 110 II JustG** findet ein Widerspruchverfahren noch im Bereich der Leistungsbewertungen im Rahmen berufsbezogener Prüfungen statt, bei Verwaltungsakten, die von Schulen erlassen werden und solchen vom Westdeutschen Rundfunk. Ferner gibt es gem. **§ 104 I LBG** noch ein Widerspruchverfahren im Bereich berufsbezogener Prüfungen und in Fragen der Besoldung. Schließlich gibt es noch ein Widerspruchverfahren bei VA mit Drittwirkung, **außer** im öff. Baurecht, GewO und GastG (**§ 110 III JustG**).

Raum für eigene Anmerkungen:



Verfahrensrechtl. Teil	Urteil
Aufbau/Formalien (1)	

**§ 117
VwGO**

Skizziere den Grundaufbau eines Urteils.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

Az.: ...

Verwaltungsgericht ...

Im Namen des Volkes Urteil

In dem Verwaltungsrechtsstreit
des Herrn ..., ... (Adresse),

Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt, ... (Adresse), Geschäftszeichen,
gegen
die Stadt ..., vertreten durch den Bürgermeister, ... (Adresse), Geschäftszeichen ...,

Klägers,

Beigeladene: Frau ..., ... (Adresse)
Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt ..., ... (Adresse)
wegen

Beklagte,

hat die 10. Kammer des Verwaltungsgerichts ... aufgrund der mündlichen Verhandlung vom ..., durch
die Vorsitzende Richterin am Verwaltungsgericht ...
den Richter am Verwaltungsgericht ...
die Richterin ...
den ehrenamtlichen Richter ...
die ehrenamtliche Richterin ...
für Recht erkannt:
Hauptsachetenor
Kostenentscheidung
Vorläufige Vollstreckbarkeit

Tatbestand
Entscheidungsgründe

Rechtsmittelbelehrung

Unterschriften

Verfahrensrechtl. Teil	Urteil
Aufbau/Formalien (2)	

1. Warum ergeht das Urteil „Im Namen des Volkes“?
2. Alternativbezeichnungen für „Verwaltungsrechtsstreit“?
3. Was gehört alles zum Rubrum?
4. Was ist bei der Bezeichnung des Klägers zu beachten? Wie ist bei mehreren Klägern vorzugehen?

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Wegen § 117 I 1 VwGO.
2. „Verwaltungsrechtssache“, „Verwaltungsstreitverfahren“, „Verwaltungsprozess“.
3. Zum **Rubrum** gehören die Angabe der **Beteiligten** (§ 117 II Nr. 1 VwGO) sowie des **Spruchkörpers** (§ 117 II Nr. 2 VwGO).
4. Bei der Bezeichnung des Klägers ist es im Urteil üblich, im **Genitiv** zu verbleiben. Es muss dann **hinter der Adresse und dem Wort „Klägers“ ein Komma** gesetzt werden. Alternativ darf auch in Nominativ gewechselt werden. Dann muss die **Bezeichnung „Kläger“ allerdings sichtbar aus dem Genitiv-Satz herausgelöst** werden. Das geschieht **durch Parenthese**, also „- Kläger -“. Gibt es **mehrere Kläger**, ist es ratsam, sie mit „**Klägers zu 1)**“, „**Klägers zu 2)**“ etc. zu kennzeichnen. Die **Zahlen 1., 2.** etc. zu verwenden und dem Namen des Klägers voranzustellen kann zu **Irritationen** führen, wenn im **Tenor einmal eine Nummerierung erforderlich ist**, da dies dann auch mit 1., 2. erfolgt. Die Verwendung **römischer Ziffern** ist **nicht sinnvoll**, weil beim **gerichtlichen Beschluss die „Gründe“ mit „I.“ und „II.“ unterteilt werden**. D.h. die Nummerierung der Kläger/Antragsteller könnte dann bei den gerichtlichen Entscheidungen nicht einheitlich erfolgen.



Verfahrensrechtl. Teil	Beschluss
Aufbau/Formalien (1)	

**§ 122
VwGO**

Skizziere den Grundaufbau eines Beschlusses.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

Az.: ...

**Verwaltungsgericht ...
Beschluss**

In dem verwaltungsgerichtlichen Verfahren
des Herrn ..., ...(Adresse),

Verfahrensbevollmächtigter: Rechtsanwalt, ...(Adresse), Geschäftszeichen ...
gegen
die Stadt ..., vertreten durch den Bürgermeister, ... (Adresse), Geschäftszeichen ...

beigeladen: ...

Verfahrensbevollmächtigter: ..., Geschäftszeichen ...
wegen

hier: Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung

hat die 5. Kammer des Verwaltungsgerichts ... am ... durch
die Vorsitzende Richterin am Verwaltungsgericht ...
den Richter am Verwaltungsgericht
die Richterin
beschlossen:

1. Sachausspruch
Kostenentscheidung
2. Streitwertfestsetzung

Gründe:

- I.
- II.

Unterschriften

Antragstellers,

Antragsgegnerin,

Verfahrensrechtl. Teil	Beschluss
Aufbau/Formalien (2)	

- 1. Gelten für den Aufbau/die Formalien des Beschlusses grds. die gleichen Vorgaben wie für das Urteil?**
- 2. Nenne bzgl. der Formalien die Unterschiede zum Urteil.**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. **Grds. ja. § 122 I VwGO** nennt § 117 VwGO zwar nicht. Jedoch ist der Verweis in § 122 I VwGO **unstreitig nicht abschließend**. Die meisten Vorschriften des 9.+10. Abschnitts der VwGO gelten auch für Beschlüsse. Das gilt auch für § 117 VwGO.

2.
 - Der **Beschluss** ergeht **nicht „Im Namen des Volkes“**.
 - Da §§ 47 VI, 80 V, 80a, 123 I VwGO den Rechtsbehelf als **Antrag** bezeichnen, werden die Parteien „**Antragsteller**“ und „**Antragsgegner**“ genannt.
 - **Nach „wegen“ kommt „hier“**, d.h. es wird nicht nur der Verfahrensgegenstand schlagwortartig bezeichnet, sondern auch **auf die Art des vorläufigen Rechtsschutzverfahrens hingewiesen**.
 - Bei einem Beschluss ist eine **mündliche Verhandlung** gem. **§ 101 III VwGO** nicht zwingend und wegen der Eilbedürftigkeit im vorläufigen Rechtsschutz i.d.R. auch nicht erfolgt. **Deshalb** muss im Rubrum der **Beratungstermin** („aufgrund der Beratung vom“) **oder** der **Entscheidungsstermin** („am“) mitgeteilt werden, abhängig von den Angaben in der Klausurakte.
 - **Außerhalb** der **mündlichen Verhandlung** wirken die **ehrenamtlichen Richter** gem. **§ 5 III 2 VwGO** nicht mit uns sind daher auch **nicht aufzuführen**.
 - Bei einem Beschluss wird die **Urteilsformel** mit „**beschlossen**“ und **nicht** mit „**für Recht erkannt**“ eingeleitet.
 - **Tenor:**
Da **Beschlüsse** gem. **§ 167 I VwGO i.V.m. § 794 I Nr. 3 ZPO** aus sich heraus vollstreckbar sind, entfällt die Tenorierung der **vorläufigen Vollstreckbarkeit**. Stattdessen wird die **Streitwertfestsetzung** mit in den Tenor aufgenommen, da sie auch durch Beschluss erfolgt (§ 63 II 1 GKG).
 - **Statt Tatbestand und Entscheidungsgründe** wird - wie beim WS-Bescheid - der **Begriff „Gründe“** verwendet.
 - **Statthafes Rechtsmittel** ist nicht die Berufung, sondern bzgl. der Sachentscheidung die **Beschwerde** gem. **§ 146 I, IV VwGO** und bzgl. der Streitwertfestsetzung die **Beschwerde** gem. **§ 68 I GKG**.



Mat.-rechtlicher Teil	RA-Klausur
Aufgabenstellungen/Aufbau	



- 1. Was sind die häufigsten Varianten einer RA-Klausur?**
- 2. Wie wird die rechtliche Prüfung in einer RA-Klausur aufgebaut?**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. • **Gutachten zu bestimmten Rechtsfragen oder zu den Erfolgsaussichten eines WS/einer Klage/eines Antrags auf Gewährung vorl. Rechtsschutzes.**
 - Entwurf eines **WS-Schreibens**.
 - Entwurf einer **Klageschrift**.
 - Entwurf eines **Antrags auf Gewährung vorl. Rechtsschutzes**.
 - Entwurf einer **Klageerwiderung/Antragserwiderung**.
 - Entwurf eines **Mandantenschreibens**.

2. Auch in einer **RA-Klausur** wird die **Zulässigkeit** des Rechtsbehelfs vor der **Begründetheit** geprüft und nicht umgekehrt. Denn die **Begründetheitsprüfung hängt von den Feststellungen in der Zulässigkeit ab, insbes.** von der **statthaften Klageart**. Ohne Kenntnis der statthaften Klageart ist gar nicht klar, wie die Begründetheitsprüfung aufzubauen ist.

Raum für eigene Anmerkungen:



Mat.-rechtlicher Teil

RA-Klausur

Aufbau des RA-Gutachtens

**Allg.
VwGO**

- 1. Wie wird ein RA-Gutachten grds. aufgebaut?**
- 2. Erläutere die einzelnen Bestandteile eines RA-Gutachtens.**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Aufbau RA-Gutachten:

- a) Sachbericht
- b) Rechtliche Würdigung

Beachte: Schwerpunkt der Klausur ist stets die rechtliche Würdigung.

2. a) Aufbau des Sachberichts

- Einleitungssatz (Indikativ Präsens)
- Unstreitiger Sachverhalt (Indikativ Imperfekt)
- Bisheriger Verfahrensablauf (Indikativ Perfekt)
- Ansichten des Mandanten (Konjunktiv Präsens)
- Gegenstand des erteilten Mandats (Indikativ Präsens)

Beachte: Chronologischer Aufbau des Sachberichts **jedenfalls dann, wenn noch kein WS-Verfahren/gerichtliches Verfahren anhängig** ist, weil es dann noch nichts Streitiges geben kann, da noch nicht klar ist, was die Gegenseite bestreiten wird.

Die Angaben des Mandanten dürfen als wahr unterstellt werden, es sei denn, aus dem Aktenstück ergibt sich Gegenteiliges.

b) Aufbau der rechtlichen Würdigung

- Zulässigkeit des Rechtsbehelfs
- Begründetheit des Rechtsbehelfs
- Zweckmäßigkeitserwägungen
- Handlungsvorschlag (alternativ am Anfang der rechtl. Würdigung oder vor Sachbericht).

Beachte: Darstellung im Urteilsstil. Auf **Rechtsansichten des Mandanten** ist **zwingend einzugehen**.

1. Wo ist der Verwaltungsakt definiert?
2. Definiere die zentralen VA-Merkmale „Behörde, Regelung, Einzelfall, Außenwirkung“. Wovon grenzen diese Merkmale ab?

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Die **Legaldefinition** des VA findet sich in **§ 35 S. 1 VwVfG**.

2a) **Behörde:**

Def.: § 1 IV VwVfG. Grenzt ab vom Rechtsträger der Behörde, der **juristischen Person** des öff. Rechts. Ferner Abgrenzung zu den **Organen** der juristischen Personen des **Privatrechts**, wie z.B. dem Vorstand.

2b) **Regelung:**

Def.: Rechtsverbindliche Anordnung, die auf die **Setzung** einer **Rechtsfolge** gerichtet ist, **d.h. Auferlegung einer Pflicht, Verleihung eines Rechts oder verbindliche Feststellung der Rechtslage. Grenzt ab** vom tatsächlichen Handeln/Realakt.

2c) **Einzelfall:**

Def.: Ganz bestimmter Sachverhalt (= konkret) wird für eine ganz bestimmte Person (= individuell) geregelt. Grenzt ab vom **Gesetz (= abstrakt-generell)**.

2d) **Außenwirkung:**

Def.: Maßnahme ist final darauf **gerichtet**, **Rechtswirkungen bei einer Person** zu erzeugen, die **außerhalb** des handelnden **Verwaltungsträgers** steht. **Grenzt ab** vom **Rechtsreflex** und dem **Verwaltungsinternum**.

**Handelt es sich bei der Gewährung einer Geldleistung durch die Verwaltung um einen Verwaltungsakt?
Begründe Deine Antwort.**

Raum für eigene Anmerkungen:

Nach **h.M.** ist entscheidend, ob der **Schwerpunkt des behördlichen Handelns** auf der **tatsächlichen Auszahlung** des Geldes liegt (dann **Realakt**) oder ob er bei der **vorgelagerten Entscheidung** liegt, die **Geldzahlung** überhaupt **zu gewähren** (dann **VA**). Für diese Schwerpunktbildung soll es insbes. darauf ankommen, **wie komplex** die **Entscheidung** über die Geldzahlung ist.

Nach der **Gegenauffassung** führt die Abgrenzung über eine **Schwerpunktbildung** zu **unvorhersehbaren Ergebnissen**. Nach dieser Ansicht ist die **Gewährung einer Geldleistung grds. kein VA**, weil die **Regelungswirkung fehlt**. **Ausnahmen:**

- **Gesetz verlangt** den vorherigen Erlass eines **VA**, z.B. § 48 III 4 VwVfG.
- Vorheriger Erlass eines **VA** ist Voraussetzung, um einen **Rechtsgrund für die Zahlung** zu schaffen, z.B. Erlass eines Subventionsbescheids, damit der Empfänger die Auszahlung der Subvention begehren kann.

Beachte: Die gleiche Streitfrage existiert bzgl. der Erteilung einer behördlichen **Auskunft**.

Raum für eigene Anmerkungen:



Mat.-rechtlicher Teil	Prozessrecht
Zulässigkeit einer Klage vor dem VG	

**Allg.
VwGO**

Stelle die einzelnen Punkte der Zulässigkeit einer verwaltungsgerichtlichen Klage dar.

Raum für eigene Anmerkungen:

Zulässigkeit

I. Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges

- 1. Justizfreie Hoheitsakte**
- 2. Aufdrängende Sonderzuweisungen**
- 3. Generalklausel des § 40 I 1 VwGO**
- 4. Abdrängende Sonderzuweisungen**

II. Statthafte Klageart: § 88 VwGO

III. Klagebefugnis: § 42 II VwGO

IV. Erfolgloses Vorverfahren: § 68ff. VwGO

V. Klagegegner: § 78 I Nr. 1 VwGO

VI. Klagefrist: § 74 VwGO

VII. Beteiligten- und Prozessfähigkeit: §§ 61, 62 VwGO

VIII. Evtl. allgemeines Rechtsschutzbedürfnis

- 1. Welche aufdrängenden Sonderzuweisungen sind examensrelevant? In welchen Konstellationen sind diese zu prüfen? Was ist die Konsequenz in der Klausur?**
- 2. Welche Merkmale sind im Rahmen der Generalklausel des § 40 I 1 VwGO zu prüfen?**
- 3. Welche examensrelevanten abdrängenden Sonderzuweisungen gibt es?**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Examensrelevante aufdrängende Sonderzuweisungen finden sich in **§ 54 I BeamStG (Landesbeamte)** sowie in **§ 126 I BBG (Bundesbeamte)**. Sie erfassen Streitigkeiten aus einem **Beamtenverhältnis**, d.h. der Rechtsstreit muss **im weitesten Sinne im Beamtenrecht wurzeln** (extensive Auslegung).
Sollte § 54 I BeamStG/§ 126 I BBG vorliegen, ist **§ 40 I 1 VwGO nicht mehr anzusprechen**.
2. § 40 I 1 VwGO:
 - a) **Öffentlich-rechtliche Streitigkeit**
 - b) **Nichtverfassungsrechtlicher Art**
 - c) **Keine abdrängende Sonderzuweisung**
3. Eine examensrelevante **abdrängende Sonderzuweisung** ist insbes. **§ 40 II 1 VwGO** für das **StaatshaftungsR.** Daneben kommt im POR noch **§ 23 I 1 EGGVG** in Betracht (vgl. Karteikarten POR).

Raum für eigene Anmerkungen:



ASSEX Karteikarten
ÖFFENTLICHES RECHT
NORDRHEIN-WESTFALEN

Das Prüfungswissen in Karteikartenform

Hier geht's zum Shop!